Bundesbeschluss über die Finanzierung der Exportförderung für die Jahre 2004–2007

vom 25. September 2003

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 167 der Bundesverfassung¹
und auf Artikel 7 des Exportförderungsgesetzes vom 6. Oktober 2000²,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 26. Februar 2003³,
beschliesst:*

Art. 1

Die Finanzierung der Exportförderung und der Ausbildung der Aussenstellen sowie von Leistungsaufträgen zwischen dem Exportförderer und den Exportstützpunkten wird für die Jahre 2004 und 2005 mit einem Zahlungsrahmen von 34 Millionen Franken bewilligt.

Art. 2

Der Bundesrat wird beauftragt bis Ende März 2005, für die Weiterführung der Exportförderung ab 2006 folgende Entscheidungsgrundlagen vorzulegen:

- a. Einen Evaluationsbericht, der folgende Fragen beantwortet:
 1. die Wirksamkeit der Exportförderung, insbesondere für KMU, Kantone und Wirtschaftszweige;
 2. die Transparenz der Exportförderung für die Bezüger der entsprechenden Leistungen;
 3. die Vereinfachung des Zugangs zu den Instrumenten der Exportförderung («one stop shop Prinzip») mit dem Ziel bessere Synergieeffekte und bessere Kosten-Nutzen Verhältnisse zu erreichen;
 4. die Fortschritte in der Koordination zwischen der OSEC und den verschiedenen Institutionen im In- und Ausland, die sich an der Exportförderung mitbeteiligen;
 5. die Fortschritte in den strukturellen Verbesserungen der OSEC;
 6. die Definition, Darstellung und transparente Abgrenzung der gemein- und privatwirtschaftlichen Tätigkeiten der OSEC.
 7. die Aufgabenteilung unter dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement.

1 SR 101
2 SR 946.14
3 BBl 2003 2937

- b. Einen Bericht über mindestens folgende drei Modelle für die Entwicklung der Exportförderung mit der Darstellung der Vor- und Nachteile und einer Empfehlung des Bundesrates:
 - 1. Weiterführung des Status Quo der Exportförderung;
 - 2. Verstärkte Integration der Exportförderung in die Bundesverwaltung;
 - 3. Beschränkung der OSEC auf Kerntätigkeiten, welche private Institutionen und Unternehmen nicht konkurrenzieren.
- c. Vorschläge für allenfalls notwendige Gesetzesänderungen.

Art. 3

¹ Dieser Beschluss untersteht nicht dem Referendum.

² Er tritt auf den 1. Januar 2004 in Kraft.

Nationalrat, 4. Juni 2003

Der Präsident: Yves Christen

Der Protokollführer: Christophe Thomann

Ständerat, 25. September 2003

Der Präsident: Gian-Reto Plattner

Der Sekretär: Christoph Lanz